

Mehr Handel, mehr Kriege?

Adam Smith und David Hume über internationale Wirtschaftsbeziehungen und internationale Kriege

Von *Reinhard Schumacher*, Siegen, und
Maria Pia Paganelli, San Antonio/Texas

I. Einleitung

Entgegen der gängigen Annahme behaupten zwei der bekanntesten Befürworter des internationalen Handels und internationaler Wirtschaftsbeziehungen, Adam Smith und David Hume, dass diese und der Reichtum, den sie schaffen, internationale Konflikte nicht verringern, sondern tatsächlich erhöhen können.¹ Ihr Beitrag zu diesem Thema wirft Licht auf die aktuelle und immer noch offene Debatte über die Auswirkungen des Handels auf die Kriegsführung. Der Aufstieg des internationalen Handels und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen weckte Hoffnungen auf eine friedlichere Welt. Die These des Friedens durch Handel, oder auch des kapitalistischen Friedens (*commercial peace thesis*), ist der klarste Ausdruck davon. Aber während des Anstieges internationaler Wirtschaftsbeziehungen ist es auch zu neuen internationalen Konflikten gekommen. Es bleibt unklar, ob solche Hoffnungen gerechtfertigt sind. Auch in der modernen Forschung gibt es keine Einigkeit darüber, ob Handel eine Ursache für zunehmende oder abnehmende internationale Konflikte ist.

Empirische Studien haben keine eindeutigen Ergebnisse zu den Auswirkungen des Handels auf Kriege erbracht. Ein Großteil der empirischen Studien unterstützt die Behauptung, dass Handel und Wirtschaftsbeziehungen den in-

¹ Als prominenteste Vertreter der Schottischen Aufklärung erregen die Werke Humes und Smiths auch heute noch das Interesse nicht nur in der auf Ideengeschichte spezialisierten Forschung, sondern auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Allgemeinen (Paganelli 2015). Smith gehört in der jüngeren Forschung der Ökonomischen Ideengeschichte zu den am meisten beachteten Persönlichkeiten (Lange/Svorencik/Schumacher 2017), zur Ökonomischen Ideengeschichte allgemein siehe Schumacher (2019).

ternationalen Frieden fördern,² aber diese Studien und ihre Forschungsmethoden sind umstritten. Der kausale Zusammenhang bleibt Gegenstand von Debatten. *Keshk/Pollins/Reuveny* (2004) zeigen, dass bewaffnete Konflikte internationalen Handel verringern, aber dass es keine umgekehrte Kausalität von Handel zu weniger Konflikten gibt. Somit finden sie keine Hinweise für die Behauptung, dass Handel zu Frieden führt.³ *Goenner* (2004), *Kim/Rousseau* (2005) sowie *Ward/Siverson/Cao* (2007) bezweifeln ebenso, dass es eine Beziehung zwischen wirtschaftlicher Interdependenz und Frieden gibt.⁴ Die meisten Studien sind sich einig, dass Kriege internationalen Handel verringern,⁵ aber *Barbieri/Levy* (1999; 2003) finden keine solche Beziehung.

Auch theoretische Studien bieten unterschiedliche Interpretationen der Beziehung zwischen Wirtschaftsbeziehungen und internationalen Kriegen. Internationaler Handel wird oft entweder als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln betrachtet – eine Position, die von einigen Befürwortern des Realismus und Neo-Merkantilismus vertreten wird (z. B. *Barbieri* 1996; 2002; *Buzan* 1984; *Waltz* 1970; 1979) – oder als ein Mittel des Friedens: Krieg und Handel schließen sich gegenseitig aus. Dieser zweite Ansatz wird als *doux commerce*⁶ bezeichnet und repräsentiert die klassisch liberale Position des Friedens-durch-Handel. Die *doux-commerce*-These hat drei Dimensionen, zwei innerstaatliche und eine internationale. Erstens hat der Handel und der dadurch gemehrte Wohlstand einen zügelnden Effekt auf das menschliche Temperament, erleichtert ein friedliches Zusammenleben unter den Bürgern

² Jüngere Studien, die zu diesem Ergebnis gelangen, sind unter anderem *Gartzke/Hewitt* (2010), *Hegre/Oneal/Russett* (2010), *Lektzian/Souva* (2009), *Polacheck/Seiglie* (2007) sowie *Souva/Prins* (2006). Andere Studien legen nahe, dass die Frieden-durch-Handel-These nur unter bestimmten Bedingungen Gültigkeit besitzt, beispielsweise in Bezug auf Regimetypen oder Entwicklungsstufen; siehe z. B. *Copeland* (2015), *Gelpi/Grieco* (2008) sowie *Martin/Mayer/Thoenig* (2008).

³ *Keshk/Pollins/Reuveny* schlagen vor, dass die Unterstützung der These vom handelsinduzierten Frieden durch empirische Studien „an artifact of simultaneity bias“ sein könnte (2004, S. 1157). Hinzu kommt, dass empirische Studien auch anfällig für Bestätigungsfehler (*confirmation bias*) sein können, wodurch die Studien in Richtung der theoretischen Vorhersagen verzerrt werden, auf denen eine Analyse aufgebaut ist. Stichprobenverzerrung (*selection bias*) kann ebenfalls zu fehlerhaften Ergebnissen führen. *Ward/Siverson/Cao* (2007, S. 597) weisen darauf hin, dass quantitative Studien, die einen positiven Zusammenhang zwischen Handel und Frieden feststellen, oftmals unter Überanpassung (*overfitting*) leiden können.

⁴ Für einen Überblick über die Literatur siehe unter anderem *Barbieri* (2002, S. 43–48), *Copeland* (2015, S. 51–69), *Mansfield/Pollins* (2001) sowie *Schneider/Barbieri/Gleditsch* (2003).

⁵ Siehe zum Beispiel *Anderton/Carter* (2001; 2003) sowie *Kim/Rousseau* (2005).

⁶ Der Begriff *doux commerce* leitet sich vom französischen Wort „*douceur*“ ab: „it conveys sweetness, softness, calm, and gentleness and is the antonym of violence“ (*Hirschman* [1977] 1997, S. 59).

und gewährleistet die Herrschaft des Rechts innerhalb eines Staates oder einer Gesellschaft. Zweitens beschränken internationale Handelbeziehungen eine tyrannische und willkürliche Führung innerhalb eines Staates. Und drittens führt internationaler Handel zu einem friedlichen Zusammenleben der beteiligten Nationen. Der bekannteste Vertreter der *doux commerce*-These ist Montesquieu, der alle drei Dimensionen in seinem Werk *De L'Esprit des Lois* darlegt. Montesquieu verwendet nicht den Begriff *doux commerce*, aber er beschreibt, dass Handel zu sanften Sitten („*mœurs douces*“) führt und raue Sitten mildert („*il polit & adoucit les mœurs barbares*“) (Montesquieu [1748] 1950, S. 445–46). Viele liberale Ökonominnen und Ökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts stehen in der Tradition der Frieden-durch-Handel-These (Silberner [1946] 1972). Die meisten, die sich heute für Freihandel aussprechen, führen als eines ihrer Argumente die friedlichen Auswirkungen des Handels an. Dieses Argument ist auch in den meisten Lehrbüchern für internationale Wirtschaft zu lesen.

David Hume und Adam Smith, zwei der einflussreichsten Gelehrten der schottischen Aufklärung, werden meist als Vertreter der Theorie des kapitalistischen Friedens bzw. der Frieden-durch-Handel-These beschrieben. Smith wird beispielsweise als Aushängeschild des „*liberal pacifism*“ (Doyle/Recchia 2011, S. 1434) und als jemand, der annimmt, dass die Globalisierung den Frieden fördert (Dunne/Coulomb 2008, S. 15; siehe auch Coulomb 1998; Gartzke/Li 2003) bzw. dass Freihandel und ökonomische Entwicklung zu einer „*international pacification*“ (Allio 2020, S. 35) führen, dargestellt. Er wird damit als einer der frühesten Vertreter der Tradition betrachtet, die den internationalen Handel „as an influence for peace“ betrachtet (Modelska 1972, S. 234).⁷ Ebenso wird Hume in der Denktradition gesehen, laut der „*free international trade promotes harmony in international relations and helps prevent wars*“ (Gomes 1987, S. 121; siehe auch Dickey 2001; Hamilton 2008; Ratnapala 2012). Smiths und Humes angeblicher Pazifismus wird unter anderem durch die angenommenen hohen Opportunitätskosten des Krieges (z. B. Goodwin 1991; Anderton/Carter 2009) und durch das Vorhandensein von Vernunft und Macht (Manzer 1996) gerechtfertigt.

In diesem Beitrag argumentieren wir, dass die Positionen Humes und Smiths zu diesem Thema nicht so eindeutig sind, wie oft angenommen wird: Trotz ihrer klaren Unterstützung von Handel und Wirtschaftsbeziehungen und ihrer Verteidigung kommerzieller Gewerbe- und Handelsgesellschaften (*commercial societies*)⁸ sind weder Hume noch Smith zuversichtlich hinsichtlich

⁷ Zu Smiths Theorie des internationalen Handels, siehe Schumacher (2012; 2015; 2016; 2018; 2020).

⁸ Die englischen Begriffe *commercial society*, *commercial country*, *commercial state* und *commercial nation*, die auch von Hume und Smith genutzt werden, können

der Möglichkeit einer friedlichen Welt (Paganelli/Schumacher 2018; 2019). Im Gegenteil deuten beide an, dass die Zunahme von Handel und dem damit verbundenen Wohlstand die Häufigkeit und Dauer von zwischenstaatlichen Kriegen erhöhen könnte. Wir argumentieren, dass Smith und Hume weniger optimistisch in Bezug auf den Zusammenhang von internationalem Handel und internationalen Kriegen sind als manche andere zu ihrer Zeit und als die meisten liberalen Ökonominnen und Ökonomen nach ihnen. Beide schätzen den internationalen Handel nicht als Förderer des internationalen Friedens ein. Laut Hume und Smith führen Gewerbe und Handel zu Frieden, Ordnung und Gerechtigkeit *innerhalb* einer Gesellschaft bzw. eines Landes. Beide stimmen somit den beiden innerstaatlichen Dimensionen der *doux-commerce*-These zu. Jedoch stimmen beide nicht der dritten, internationalen Dimension der *doux-commerce*-These zu, die besagt, dass internationaler Handel zu Frieden zwischen den daran beteiligten Staaten führt. Ihre Theorien legen also nicht nahe, dass es aufgrund wirtschaftlichen Fortschritts und Handels *international* friedlicher wird. Ihre Theorien legen nicht einmal nahe, dass es weniger internationale Kriege geben wird. Selbst wenn die Kriegsführung mit der Zunahme des Gewerbes und des Handels weniger brutal geworden ist, fördern Handel und wirtschaftliche Beziehungen nicht von sich aus ein friedliches Zusammenleben der Nationen. Im Gegenteil suggerieren Smith und Hume, dass in kommerziellen Gewerbe- und Handelsgesellschaften die relativen und gefühlten Kriegskosten zumeist sinken, weswegen internationale Wirtschaftsbeziehungen zu häufigeren und länger andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen führen können, während sie gleichzeitig auch dazu führen, dass Kriege effektiver und humaner geführt werden.

In diesem Artikel befassen wir uns nur mit der internationalen Dimension der *doux-commerce*-These, das heißt der These, dass Handel zu Frieden führt. Wir konzentrieren uns daher auf das, was Keohane (1993, S. 271) als „commercial liberalism“ bezeichnet, und befassen uns nicht mit dem „republican liberalism“, auf dem die Theorie des demokratischen Friedens aufbaut. Es gibt noch einen dritten liberalen Ansatz, nämlich „regulatory liberalism“ (Keohane 1990), der auf (liberalen) internationalen Regeln und Institutionen basiert. Alle drei Aspekte sind in Immanuel Kants Werk *Zum Ewigen Frieden* enthalten. Was den kommerziellen Liberalismus betrifft, so stellt Kant fest: „Es ist der *Handelsgeist*, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt“ (Kant 1795,

am passendsten mit kommerziellen Gewerbe- und Handelsgesellschaften/-ländern/-staaten/-nationen übersetzt werden. Statt dieser sperrigen Begriffe werden wir in diesem Artikel (kommerzielle) Handelsgesellschaften bzw. Handelsstaaten als Synonyme dafür verwendet und sie von nichtkommerziellen Gesellschaften und Staaten unterscheiden.

S. 64).⁹ Wir möchten vorweg betonen, dass Smith und Hume sich bewusst sind, dass Frieden und Krieg komplexe und multikausale Phänomene darstellen. Wir behaupten nicht, dass beide annehmen, Handel und Wirtschaftsbeziehungen wären der einzige Grund für Krieg und auch nicht, dass Handel unausweichlich in Krieg münden muss. Wir zeigen allerdings auf, dass sich bei gegebener Komplexität laut Hume und Smith eine Veränderung der relativen und gefühlten Kriegskosten die Wahrscheinlichkeit von Kriegen erhöht.

II. Hume

Hume¹⁰ geht davon aus, dass Kriege von der menschlichen Natur bedingt werden. Durch den durch Gewerbe und Handel generierten Reichtum gibt es zusätzliche Gründe für Staaten, Kriege zu führen und zudem werden Mittel generiert, die längere und häufigere Kriege ermöglichen. Zwar steigt die Humanität in kommerziellen Staaten und auch die Kriegsführung ist laut Hume humaner geworden, was auch am Handel liegt. Aber diese erhöhte Humanität in der Kriegsführung führt laut Hume nicht zu einer friedlichen Welt, wie wir im Nachfolgenden darlegen. Internationale Wirtschaftsbeziehungen können Kriege nicht verhindern. Im Gegenteil gibt Handel sogar Anreize, die Anzahl und Dauer von Kriegen zu erhöhen.

Laut Hume sind einige der Ursachen von Kriegen unvermeidliche Bestandteile der menschlichen Natur und der menschlichen Bedingungen. Menschlicher Egoismus und Ehrgeiz („selfishness and ambition“) (THN 3.2.11.1) sowie das menschliche Zusammenleben in Gesellschaften führen zu Konflikten. Hume verwendet die Bildung von Regierungen als Beweis für unsere kriegerische Natur. Für ihn sind Regierungen oft das Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Gesellschaften, nicht von Auseinandersetzungen innerhalb einer Gesellschaft (THN 3.2.8.1, siehe auch E, S. 39–40 und Paganelli/Schumacher 2018, S. 1142–43). Daraus entstehen Egoismus und

⁹ Kant ist heutzutage bekannter für die Theorie des demokratischen Friedens, die besagt, dass demokratische Gesellschaften keinen Krieg miteinander führen. Die *doux-commerce*-These wird heute oft als eine Ergänzung der Theorie des demokratischen Friedens angesehen. Im Gegensatz zu dieser Ansicht haben einige Forscherinnen und Forscher, basierend auf neueren Studien, vorgeschlagen, dass beide Ansätze nicht komplementär sind, sondern dass internationale Wirtschaftsbeziehungen und freie Märkte friedliche Beziehung zwischen Demokratien erklären können. In dieser Perspektive gibt es keinen demokratischen Frieden, sondern nur einen kapitalistischen Frieden (siehe z. B. Gartzke 2007, Gartzke/Hewitt 2010, Polacheck/Seiglie 2007). Eine Kritik dieser Position findet sich in Dafoe (2011).

¹⁰ Humes Werke kürzen wir in der gängigen Weise wie folgt ab: *A Treatise of Human Nature* (THN), *Essays Moral, Political, and Literary* (E), *An Enquiry Concerning the Principles of Morals* (EPM), *The History of England* (H) und *Letters of David Hume* (L).

Ehrgeiz auf staatlicher Ebene, die gekoppelt mit einer oft abwegigen Eifersucht von Herrschenden und Staaten („absurd jealousy of princes and states“ *E*, S. 314) zu ständigen Quellen des Krieges und der Zwietracht („perpetual sources of war and discord“ *THN* 3.2.11.1) werden. Gesellschaften werden immer wachsam und neidisch auf andere Gesellschaften schauen. Stolz und Neid sind starke Gründe für Kriege bei Hume (*Manzer* 1996). Die jahrtausendelangen Bemühungen, ein Machtgleichgewicht als Möglichkeit zur Bewältigung dieser gewaltsamen Eifersucht zu erreichen, über die Hume in einem Essay zu diesem Thema diskutiert (*E*, S. 332–341), spiegeln die Unvermeidlichkeit einer gewaltsamen internationalen Ordnung wider (*Van de Haar* 2008).

Die einzige Situation, in es zu keinen Kriegen kommen könnte, wäre das Fehlen von Anreizen zum Kampf und somit das Fehlen von Eigentum; das heißt, dass es nichts gäbe, wofür gekämpft werden könnte. Laut Hume führen internationale Wirtschaftsbeziehungen zu Reichtum und können dadurch Anreize für Kriege schaffen. Hume glaubt, je ärmer eine Gesellschaft ist, desto geringer sind die Anreize, dass ein Nachbarland sie angreift, und desto geringer ist die Notwendigkeit, größere Vorkehrungen für die Verteidigung zu treffen (*THN* 3.2.8.1; siehe auch *E*, S. 267). In einer Welt, in der jede Gesellschaft nur wenige Besitztümer hätte, sind Kriege aufgrund der geringen Kriegsgewinne, die erzielt werden könnten, unwahrscheinlich. Auf der anderen Seite ist eine reiche Gesellschaft eine Konfliktquelle. Wenn ein reiches Land schwach ist, kann es Beute seiner ärmeren, aber mächtigeren Nachbarstaaten werden (*E*, S. 321). Zudem kann ein reiches und mächtiges Land seinen Reichtum für absurde Vorhaben, auch Kriege, einsetzen. Hinzu kommt, dass sich laut Hume nicht alle Länder gleichzeitig und gleich schnell wirtschaftlich entwickeln. In wachsenden Handelsstaaten steigt der Reichtum an, sodass internationale Ungleichheiten ansteigen (*Schumacher* 2016). Laut Hume kann die ungleiche Verteilung von Reichtum Kriege motivieren.

Wirtschaftliche Entwicklung und Handel führen laut Hume aber nicht nur zu höherem Reichtum, sondern auch zu höherem militärischen Leistungsvermögen und einer gestiegenen Fähigkeit, Krieg führen zu können. Zu dieser Schlussfolgerung kommt er durch folgende Argumentation: In nicht-kommerziellen Gesellschaften müssen die meisten Menschen für die Subsistenzgüter einer Gesellschaft arbeiten. Wenn sie zum Waffendienst gerufen werden, können sie nicht arbeiten und können daher nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen. Dies schränkt ihre Fähigkeit zum Waffendienst ein. In einer solchen Gesellschaft gibt es auf Grund mangelnder Übung und Erfahrung gering entwickelte militärische Fähigkeiten und keine allzu anspruchsvollen Waffen (*E*, S. 260–261).

Wirtschaftliche und technologische Entwicklung, die in der Regel durch Handel vorangetrieben wird, erhöht die Produktivität in der Landwirtschaft, was bedeutet, dass ein kleinerer Teil der Bevölkerung arbeiten muss, um die Subsistenzgüter einer Gesellschaft zu produzieren. Daher werden relativ weniger Menschen für die Bereitstellung der Grundversorgung eines Landes benötigt: Es gibt immer mehr „superfluous hands [which] apply themselves to the finer arts, which are commonly denominated the arts of *luxury*“ (E, 256). In Friedenszeiten kann der Überschuss an landwirtschaftlicher Produktion das Gewerbe sowie die Geisteswissenschaften und freien Künste („liberal arts“) unterhalten. In Kriegszeiten wird der überschüssige landwirtschaftliche Ertrag jedoch für die Unterstützung des Kriegsaufwands verwendet. Hume argumentiert, dass „[t]rade and industry are really nothing but a stock of labour, which, in times of peace and tranquillity, is employed for the ease and satisfaction of individuals; but in the exigencies of state, may, in part, be turned to public advantage“ (E, S. 262). Er kommt zu der allgemeinen Schlussfolgerung, dass „the public becomes powerful in proportion to the opulence and extensive commerce of private men“ (E, S. 255).¹¹

Der Unterschied zwischen nicht-kommerziellen Gesellschaften und kommerziellen Handelsstaaten besteht daher darin, dass in ärmeren, nicht-kommerziellen Gesellschaften eine Spannung zwischen militärischer Stärke und dem Glück ihrer Mitglieder besteht. Je mehr Mitglieder als Soldaten¹² beschäftigt werden, desto weniger lebensnotwendige Güter können für den Konsum produziert werden und desto geringer ist der Lebensstandard. Im Gegensatz dazu schaffen in reicheren, kommerziellen Gesellschaften Gewerbe und Handel einen Art Arbeitskraft-Speicher („a kind of storehouse of labour“), der „in the exigencies of state, may be turned to the public service“ (E, S. 272). In Handelsstaaten können Arbeiter aus dem Gewerbe, dem Handel und den

¹¹ Hume relativiert diese Aussage, da es möglicherweise Ausnahmefälle geben könnte, zumindest theoretisch: „I cannot forbear thinking, that it may possibly admit of exceptions, and that we often establish it with too little reserve and limitation. There may be some circumstances, where the commerce and riches and luxury of individuals, instead of adding strength to the public, will serve only to thin its armies, and diminish its authority among the neighbouring nations. Man is a very variable being, and susceptible of many different opinions, principles, and rules of conduct. What may be true, while he adheres to one way of thinking, will be found false, when he has embraced an opposite set of manners and opinions“ (E, S. 255–256). Hume diskutiert historische Ausnahmen in den Republiken im antiken Griechenland und Rom, deren jeweilige Stärke laut Hume auf den Mangel an Handel und Luxus beruhte (E, S. 257–260). Eine solche Situation ist aber auf historische Umstände zurückzuführen und bildete eine Ausnahme. Eine Wiederholung dieser Situation in der Moderne ist für Hume nicht denkbar, weswegen er davon ausgeht, dass seine Schlussfolgerung „in the common course of human affairs“ (E, S. 260) richtig sei.

¹² Sowohl Hume als auch Smith haben lediglich Männer als Soldaten in Betracht gezogen, weswegen hier lediglich die männliche Form verwendet wird.

Künsten abgezogen und als Soldaten rekrutiert werden, ohne dass die Landwirtschaft geschwächt wird. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse ist durch die Umwandlung bestimmter ökonomischer Klassen in Soldaten somit nicht tangiert. Dadurch werden für Hume Handel und Militärstärke zu zwei Seiten einer Medaille. Anders als in nichtkommerziellen Gesellschaften generieren kommerzielle Handelsstaaten genug Wohlstand, um starke Armeen und lange Kriege aufrechtzuerhalten.

Als Beweis für diese Behauptung vergleicht Hume die europäischen Nationen zu seiner Zeit mit einigen Jahrhunderten zuvor: Frankreich konnte zu Humes Zeit während eines Krieges mehr als 400.000 Soldaten bezahlen, während es einige Jahrhunderte zuvor kaum in der Lage war, sich eine Armee von 20.000 Männern zu leisten, ohne die Gesellschaft zu erschöpfen (E, S. 273). Die Situation im England war zu früheren Zeiten ähnlich. Die Armut Englands machte Kriege zu teuer, um sie längere Zeit kontinuierlich zu führen. Die Kriege im 14. und 15. Jahrhundert in Europa waren durch ständige Unterbrechungen der Feindseligkeiten gekennzeichnet, bedingt durch die Armut aller europäischen Fürsten (H, Bd. II, S. 367). Daher ist für Hume ein wirtschaftlich entwickeltes Land, dessen Wirtschaft auf Gewerbe und Handel basiert, militärisch viel stärker. Es kann viel größere Flotten und Armeen unterhalten als eine weniger entwickelte Nation, wodurch es sich eher leisten kann, bewaffnete Kämpfe zu führen und diese länger aufrechtzuerhalten.

Handel und der Wohlstand, der durch Handel generiert wird, ermöglichen es einem Staat, die Anzahl und die Dauer der geführten Kriege zu erhöhen, weil die relativen Kosten eines Krieges sinken. Laut Hume wird die Finanzierung von Kriegen erleichtert, weil sie die Produktion notwendiger Güter, vor allem Lebensmittel, nicht beeinträchtigt. Zudem kann ein Souverän in Handelsgesellschaften Steuern leicht eintreiben und dadurch sogar Soldaten rekrutieren. In einem Handelsstaat können es sich laut Hume selbst die Ärmsten leisten, Steuern zu zahlen (E, S. 265). Die Anwerbung von benötigten Soldaten wird zudem durch eine Kriegssteuer ermöglicht (E, S. 260–4). Eine Kriegssteuer führt zu einer geringeren Nachfrage nach bestimmten Konsumgütern, sodass die in der Produktion dieser Güter Beschäftigten arbeitslos werden und mangels anderer Nachfrage nach Arbeitskräften gezwungen sind, sich als Soldaten zu melden, um Arbeit zu finden (E, S. 261–262). Für Hume ist daher eines der Wunder von Handelsgesellschaften, dass der Souverän normalerweise keine Gewalt anwenden muss, „[to] convert what share of it he finds necessary to the service of the public“ (E, S. 263). Humes Argumentation ist bemerkenswert: Handel und wirtschaftliche Entwicklung machen ein Land nicht sanft und schwächer, sondern sie machen es *stärker und glücklicher*. Hume schreibt, dass „industry, knowledge, and humanity, are not advantageous in private life alone: They diffuse their beneficial influence on the public, and render the government as great and flourishing as they make indi-

viduals happy and prosperous“ (E, S. 272): Handel, militärische Fähigkeiten sowie Glück sind dazu bestimmt, gemeinsam zuzunehmen.

Eine häufige und kraftvolle Kritik am Handel ist, dass die *doux commerce*-Annahme nicht nur Vorteile hat, sondern dass *doux* eine Abschwächung des Kriegsgeists (*martial spirit*) einer Gesellschaft bedeutet. Diese Abschwächung des Kriegsgeistes wird vor allem im 18. Jahrhundert nicht gutgeheißen, sondern als besorgniserregend angesehen – eine Sorge, die beispielsweise durch Adam Ferguson vorgetragen und auch von Adam Smith geteilt wird (Neocleous 2013, C. Smith 2014; 2019). Laut dieser Kritik werden Soldaten durch Handel nicht nur femininer (*feminine*) – eine positive Eigenschaft, die mit Höflichkeit und Geselligkeit verbunden ist – sondern auch verweichlicht (*effeminate*) – eine negative Eigenschaft, die mit Schwäche verbunden ist (Montes 2004, Sebastiani 2013). Hume hingegen verteidigt die ‚zivilisierende‘ Wirkung des Handels und kehrt gleichzeitig die Kritik der Verweichlichung um: Handel macht Menschen zwar barmherziger, aber auch zu effektiveren Soldaten, nicht zu schwächeren.

Hume legt dar, dass in nichtkommerziellen Staaten Menschen träge und nachlässig sind, da ihre Armut sie nicht dazu motiviert, produktiv und diszipliniert zu sein. Diesen Gesellschaften mangelt es an Disziplin und militärischem Geschick; Kriege sind blutig und destruktiv, weil sie auf roher Gewalt beruhen. In kommerziellen Handelsstaaten hingegen gibt es eine Zunahme der Disziplin, die teilweise auf wirtschaftliche und technologische Entwicklung zurückzuführen ist und die die Soldaten einer Nation zuverlässiger und eine Armee stärker macht. Die erhöhte Disziplin ist auch eine Folge der menschlichen Vernunft, die in kommerziellen Handelsstaaten häufiger und auf anspruchsvollere Weise angewendet wird und somit im Vergleich zu nichtkommerziellen Gesellschaften ein höheres Niveau erreicht. Krieg wird dadurch weniger blutig und weniger zerstörerisch (E, S. 273).

Das geringere Maß an Grausamkeit und Blutdurst in modernen Kriegen im Vergleich zu früheren Kriegen ist laut Hume teilweise auf Veränderungen in der Technologie zurückzuführen: die Entwicklung neuer Waffen. In nichtkommerziellen Gesellschaften kämpften Soldaten in unmittelbarer Nähe zueinander, was zu großem Gemetzel auf beiden Seiten führte: Es war hauptsächlich die physische Stärke, die zählte. Im Gegensatz dazu werden moderne Kriege aufgrund der Einführung von Schusswaffen und Schießpulver in größerer Entfernung geführt, wodurch die physische Stärke und Geschicklichkeit weniger wichtig werden. Diese Erfindung veränderte die gesamte Kriegskunst und machte Kriege weniger brutal und Rückzüge einfacher. Plünderungen durch Soldaten wurden seltener und die Zivilgesellschaft erlebt eine größere Stabilität aufgrund der geringeren Zerstörung, die ein Krieg mit sich bringt (E, S. 404–405; H, Vol. II, S. 230; Vol. III, S. 81; EPM VI.26). Die Erfindung der Schusswaffen führte laut Hume dazu, dass „[s]uccess in war has been re-

duced nearly to be a matter of calculation: And any nation, overmatched by its enemies, either yields to their demands, or secures itself by alliances against their violence and invasion“ (*H*, Bd. II, S. 230). Durch diese bessere Vorhersehbarkeit eines Kriegsausgangs werden aussichtlose Kriege nicht weiter geführt.

Auf diese Weise kommt Hume zu der zunächst paradox erscheinenden Schlussfolgerung, dass durch Handel das Militär nicht schwächer wird, sondern effektiver, gleichzeitig aber auch seine Menschlichkeit zunimmt und seine Grausamkeit abnimmt: „if anger, which is said to be the whetstone of courage, loses somewhat of its asperity, by politeness and refinement; a sense of honour, which is a stronger, more constant, and more governable principle, acquires fresh vigour by that elevation of genius which arises from knowledge and a good education“ (*E*, S. 274). Hume argumentiert, dass ein „sense of honour and virtue [...] will naturally abound most in ages of knowledge and refinement“ (*E*, S. 276), also in kommerziellen Gesellschaften. Ehre ersetzt nicht nur Zorn als Quelle der Tapferkeit, sondern überkompensiert sogar die Abnahme des Zorns. Der Erfolg Großbritanniens in den jüngsten Kriegen gegen Frankreich beruht sowohl auf seinem Reichtum als auch auf seinem Nationalgeist und seiner Durchschlagskraft (*E*, S. 338). Für Hume steht daher fest, dass es keinen Anlass zu der Sorge gibt, dass Soldaten in kommerziellen Gesellschaften „will lose their martial spirit, or become less undaunted and vigorous in defence of their country or their liberty“ (*E*, S. 274). Ganz im Gegenteil verteidigen Soldaten in nichtkommerziellen Gesellschaften ihr Land weniger eifrig, da sie aufgrund der herrschenden Armut und fehlenden Freiheiten wenig zu verlieren haben. In kommerziellen Gesellschaften hingegen können die Menschen mehr verlieren. nämlich Reichtum und Freiheit. Soldaten werden daher ihr Land hartnäckiger verteidigen. Der Kriegsgeist nimmt laut Hume daher mit Handel zu, nicht ab.

Diese Entwicklung zu weniger grausamen Kriegsführung und einer erhöhten Menschlichkeit in Kriegen wird laut Hume auch durch das Völkerrecht (*Laws of Nations*) gestützt. Laut Hume führten die Einrichtung ziviler Regierungen und ihr gegenseitiger Austausch zu einer neuen Reihe von Pflichten zwischen den benachbarten Staaten. Durch das Völkerrecht wird die Unantastbarkeit der Botschafter und Gesandten und die menschliche Behandlung von Kriegsgefangenen etabliert (*EPM*, IV.2; siehe auch *THN* 3.2.11.1 und *L*, Nr. 200). Solche Beispiele von Menschlichkeit waren laut Hume bei den antiken Griechen oder Römern nicht zu finden. Für Hume hängen die Durchführung und das Ausmaß der Zerstörung somit von historischen Umständen ab: Kriege in der Antike unterscheiden sich in der Grausamkeit und Häufigkeit von modernen Kriegen, auch wenn sie von den gleichen Anreizen wie in der Moderne motiviert sind. Im Einklang mit der Idee der ‚zivilisierenden‘ Rolle des Handels, die von Befürwortern des *doux commerce* beschrieben wird, sieht

Hume ein Anwachsen der Humanität auch auf dem Schlachtfeld; aber anders als sie sieht er den Handel auch mehr Kriege herbeiführen anstatt weniger.

Handel und wirtschaftliche Entwicklung erhöhen zwar die Menschlichkeit in Friedenszeiten und in Kriegen, sie steigern jedoch auch die Disziplin der Soldaten und fördern technologische Fortschritte, die militärische Aktivitäten erleichtern. Hume billigt Kriege nicht – sie werden oft aus absurden Gründen geführt und unterbrechen das gesellschaftliche Leben –, aber sie sind ein unheilbares Übel bzw. „an incurable Evil“ (L, Vol. II, S. 181). Für ihn gibt es wenig Grund zu der Annahme, dass die Anzahl der Kriege mit wirtschaftlichem Fortschritt abnehmen sollte. Im Gegenteil gibt es Anzeichen dafür, dass je kommerzieller und damit wirtschaftlich reicher ein Land wird, desto attraktiver wird es als Ziel für Überfälle der Nachbarstaaten aufgrund der möglichen Kriegsgewinne. Und je reicher ein Land aufgrund des Handels und Gewerbes wird, desto eher wird es selbst in absurde Projekte investieren, die häufig mit kriegerischen Auseinandersetzungen einhergehen. Durch die niedrigeren relativen Kosten eines Krieges für eine kommerzielle Gesellschaft steigert sich die Fähigkeit und Bereitschaft einer solchen Gesellschaft, Kriege zu führen und sich im Falle eines Angriffs zu verteidigen.

III. Smith

Adam Smith¹³ zeigt wie David Hume, dass sich humanere Formen der Kriegsführung in Europa zu der Zeit durchgesetzt haben, in der der internationale Handel stark angestiegen ist. Er fügt jedoch hinzu, dass diese Gleichzeitigkeit nicht zwangsläufig bedeutet, dass der Handel die Ursache für die gestiegerte Humanität ist. Ähnlich wie Hume beschreibt er, dass Handel und wirtschaftliche Beziehungen nicht zwangsläufig zu internationalem Frieden führen, sondern die Anzahl und Dauer internationaler Kriege erhöhen kann. In Handelsstaaten würde man idealerweise einen Anstieg des Friedens erwarten, da der Handel beide Länder besser stellt. Doch Smith stellt fest, dass in der Praxis das Gegenteil zu beobachten ist. Laut Smith führt der in Handelsstaaten vorherrschende mercantilistische Geist dazu, dass „nations have been taught that their interest consisted in beggaring all their neighbours. Each nation has been made to look with an invidious eye upon the prosperity of all the nations with which it trades, and to consider their gain as its own loss. Commerce, which ought naturally to be, among nations, as among individuals, a

¹³ Wir kürzen Smiths Werke in der gängigen Weise wie folgt ab: *The Theory of Moral Sentiments* (TMS), *Lectures on Jurisprudence* (LJ) und *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* (WN) und geben bei Zitaten jeweils die Paragraphnummer nach der *The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith* an, wie es zur Konvention geworden ist.

bond of union and friendship, has become the most fertile source of discord and animosity“ (*WN* IV.iii.c.9). Smiths *Wealth of Nations* kann in Teilen als mögliche Erklärung für diese Entwicklung gelesen werden und als Aufforderung, diese Entwicklung einzudämmen.

Smith erklärt den Anstieg der Menschlichkeit in europäischen Kriegen in seinen *Lectures on Jurisprudence*. Brutalität und Grausamkeit prägten Kriege in antiken Gesellschaften. Im Gegensatz dazu ist der Umgang in modernen europäischen Ländern sowohl mit Menschen als auch mit Dingen viel respektvoller. Wie Hume verwendet auch Smith die bessere Behandlung von Kriegsgefangenen, um diesen Punkt zu veranschaulichen. Aber im Gegensatz zu Hume macht er dafür nicht die wirtschaftliche Entwicklung und den Handel und auch nicht das Völkerrecht verantwortlich, das laut ihm keine friedliche Weltordnung etabliert, denn es wird oftmals ungestraft verletzt, da es keine Instanz gibt, die es durchsetzen kann (*TMS* III.3.42, VI.ii.2.3, *LJB* 339). Stattdessen sind laut Smith drei andere Gründe für diesen „höhere Grad der Menschlichkeit“ („superior degree of humanity“ *LJB* 347) verantwortlich. Die menschlichere Behandlung der Kriegsgegner im zeitgenössischen Europa ist für ihn auf das Christentum, auf strategische Motive sowie auf die Entwicklung von Waffen zurückzuführen (*LJB* 348).¹⁴ Christinnen und Christen sind verpflichtet, andere christlich getaufte Menschen menschenwürdig zu behandeln, weshalb die Grausamkeit sowohl gegenüber Soldaten als auch gegenüber der Zivilbevölkerung in Kriegen während der Zeit des Papsttums abnahm. Smith betont die Rolle des Christentums, in dem er schreibt, dass sich diese Entwicklung nur bei Kriegen zwischen zwei christlichen Ländern zeigt. Er stellt fest, dass der Grad der Menschlichkeit, den moderne europäische Nationen in Kriegen mit nichtchristlichen Nationen zeigen, viel geringer sei, wie dies zum Beispiel während der Kreuzzüge der Fall war (*LJB* 347–348) – und wie es bei kolonialen Eroberungen der Fall ist, beispielsweise bei der entsetzlichen Zerstörung („cruel destruction“ *WN* IV.vii.b.7) der Ureinwohner Amerikas. Ein zweiter Grund für die Zunahme der menschenwürdigen Behandlung in Kriegen ist, dass ein einfallendes Heer davon profitiert, wenn es die Bevölkerung und die ökonomischen Strukturen in einem besiegten oder besetzten Land, das über eine entwickelte Wirtschaft verfügt, vor Zerstörung bewahrt. Anstatt die in der Landwirtschaft tätigen Personen zu berauben, zu vertreiben oder gar zu töten, ist es für eine Armee besser, von Landwirtschaft Betreibenden die benötigten Vorräte zu kaufen. Auf diese Art ist eine langfristige und stabile Versorgung garantiert.¹⁵ Dies kann laut Smith

¹⁴ Vgl. auch *Buchan* (2006).

¹⁵ Das trifft laut Smith nicht auf Seekriege zu, weswegen hierin eroberte Schiffe geplündert werden, zumal dies Kriegsbeute leicht auf dem eigenen Schiff transportiert werden kann (*LJB* 348).

sogar dazu führen, dass ein Krieg für bestimmte Gruppen in einem besieгten Land mit einer gut funktionierenden Wirtschaft vorteilhaft sein kann. Dies gilt besonders für den landwirtschaftlichen Sektor, in dem viele dadurch reich werden können. (LJB 349).¹⁶ Zuletzt trägt auch die Erfindung von Schusswaffen zu einer geringeren Brutalität und Grausamkeit in Kriegen bei. Während in früheren Kriegen Fechtkämpfe zu großer Gewalt und somit zu großem Schlachten führten, halten Schusswaffen kämpfende Armeen auf größere Entfernung halten, wodurch sie weniger direkt gegeneinander aufgebracht werden (LJB 350).

Im Gegensatz zu Hume geht Smith davon aus, dass es in kommerziellen Handelsstaaten zu einer Abnahme des Kriegsgeistes kommt. In einem Handelsstaat haben die meisten Menschen spezialisierte Berufe. Aufgrund ihrer Tätigkeiten können die meisten Menschen nicht regelmäßig an militärischen Übungen teilnehmen, da ihnen die Zeit dafür fehlt. Zudem sind ihre Gedanken „constantly employed on the arts of luxury, they grow effeminate and dastardly.“ Handel hat daher den „bad effect [...] that it sinks the courage of mankind, and tends to extinguish martial spirit“ (LJB 331). Als Ergebnis wird die Mehrheit der Menschen kriegsunwillig und kriegsunfähig (WN V.i.a.12–15; siehe auch LJB 37). Auch wenn diese Abnahme theoretisch den Frieden erhöhen könnte, kann dies aber laut Smith stattdessen sogar zu mehr Kriegen führen. Auch wenn seine Argumentation sich von Hume stark unterscheidet, wie wir zeigen werden, kommt er doch zu einem ähnlichen Ergebnis.

Für Smith sind Handelsstaaten, die sich auf die traditionelle Miliz verlassen, militärisch schwach. Arbeiter in einer Handelsgesellschaft verlieren ihr Einkommen während ihres Einsatzes im Krieg und wollen deshalb nicht im Kriegsdienst stehen. Handelsgesellschaften zeichnen sich im Gegensatz zu anderen Gesellschaften durch ihren zivilen, nicht durch ihren militärischen Geist aus. Das bedeutet, dass der Handelsgesell unter den Mitgliedern einer solchen Miliz vorherrscht, nicht der Kriegsgeist, was ihre Stärke herabsetzt und reiche Handelsstaaten zu leichten Beute für ärmere und weniger entwickelte Länder macht (Hanley 2014). Die Lösung für Handelsgesellschaften besteht darin, einen spezialisierten militärischen Berufszweig zu entwickeln: ein stehendes Heer. Smith beschreibt ein stehendes Heer als den einzigen Schutz eines reicheren Handelsstaates vor Angriffen ärmerer Länder (LJA iv.169, siehe auch WN V.i.a.17–41). Smith nimmt an, dass ein stehendes

¹⁶ Dies gilt nur für einzelne ökonomische Gruppen innerhalb des besieгten Landes. Andere Gruppen werden Verluste erleiden, insbesondere diejenigen mit Grundbesitz: „This is indeed at the expence of the landlords and better sort of people, who are generally ruined on such occasions“ (LJB 349).

Heer einer Miliz aufgrund seiner höheren Fähigkeiten und besseren Disziplin militärisch überlegen ist (Sher 1989).¹⁷

Um die Kriegskunst zu perfektionieren ist eine Arbeitsteilung notwendig, das heißt, die Kriegsführung muss ihre eigene Spezialisierungsrichtung werden. Soldaten einer professionellen Armee erlangen aufgrund der Arbeitsteilung größere Fähigkeiten, so wie dies in anderen Berufszweigen auch der Fall ist. Sie führen Kriegsübungen täglich durch. Kriegsführung wird aufgrund dieser Spezialisierung und Professionalisierung sowie den teilweise daraus bedingten technologischen Entwicklungen zu einer zunehmend komplizierten Wissenschaft (WN V.i.a.10–14). Noch wichtiger laut Smith ist, dass Berufssoldaten durch ihre tägliche Gehorsamkeit gegenüber ihren Vorgesetzten diszipliniert werden. Ähnlich wie Hume argumentiert Smith, dass die Erfindung von Schusswaffen das Kriegsverhalten verändert hat. In agrarischen Gesellschaften genügte oft eine starke Mauer um eine Stadt, um den Feind in Schach zu halten. Aber mit der Entwicklung moderner Waffen und ausgefeilten Kriegstaktiken reicht eine solche Verteidigung nicht aus (LJA iv.85–87, LJB 40–41). Stattdessen werden sowohl technologische Verbesserung wie die Entwicklung von kriegerischen Maschinen („warlike engines“) als auch taktische Fortschritte (z. B. „the ordering of zig-zag approaches“) notwendig (LJA iv.85–86). Gleichzeitig werden militärische Fähigkeiten einzelner Soldaten, die vor der Erfindung von Schusswaffen der wichtigste Bestimmungsfaktor für Kriege waren, weniger wichtig. Dadurch gewinnt Disziplin an Bedeutung, zumal sie aufgrund von Lärm und Rauch der Schusswaffen schwerer aufrechtzuerhalten ist

¹⁷ Smith diskutiert auch die Beziehung zwischen stehendem Heer und Freiheit. Im Gegensatz zu zeitgenössischen Gegnern eines stehenden Heers nimmt Smith nicht an, dass ein stehendes Heer an sich die Freiheit gefährdet. Vielmehr würde eine reine Miliz das Ende der Freiheit für eine Handelsgesellschaft bedeuten, da sie früher oder später von einer ausländischen Macht erobert würde (WN V.i.a.39–40). Für Smith ist das Verhältnis zwischen stehendem Heer und Freiheit komplex und mehrdeutig. In einigen Fällen kann ein stehendes Heer tatsächlich die Freiheit untergraben, in anderen kann sie jedoch förderlich für die Freiheit sein (WN V.i.a.41, siehe auch LJB 337–338). Es hängt davon ab, wie das stehende Heer mit dem Staat selbst verbunden ist. Wenn „the interest of the general and that of the principal officers are not necessarily connected with the support of the constitution of the state“ (WN V.i.a.41), ist die Freiheit tatsächlich gefährdet. Ein solches System sollte laut Smith vermieden werden. In einem System aber, in dem „the sovereign is himself the general, and the principal nobility and gentry of the country the chief officers of the army; where the military force is placed under the command of those who have the greatest interest in the support of the civil authority, because they have themselves the greatest share of that authority, a standing army can never be dangerous to liberty“ (WN V.i.a.41, siehe auch LJB 337). Anstatt die Freiheit zu bedrohen, unterstützt ein stehendes Heer in einem solchen System die Freiheit, weil es dem Souverän mehr Sicherheit bietet, der wiederum seinen Bürgern größere Freiheit gewähren kann (WN V.i.a.41). Insgesamt weist Smith die Kritik größtenteils zurück, dass ein stehendes Heer eine „real or imaginary“ Gefahr für die Freiheit darstellt (WN V.i.f.59, siehe auch V.i.a.41).

(*WN* V.i.a.21–25). In seinen *Lectures of Jurisprudence* fügt Smith hinzu, dass die Disziplin eines stehenden Heers auch deswegen wichtig ist, da sich das Heer in einem kommerziell fortgeschrittenen Handelsstaat aus Menschen der niedrigsten Bevölkerungsschichten zusammensetzt („the very meanest of people“) (*LJ4* iv.169; siehe auch *LJB* 334–336).¹⁸ Disziplin kann anerzogen werden, allerdings „only by troops which are exercised in great bodies“, wie dies bei einem stehenden Heer der Fall ist (*WN* V.i.a.22). Smiths historische Beweise führen ihn zu der Überzeugung, dass ein gut trainiertes stehendes Heer einer Miliz immer überlegen sein muss (*WN* V.i.a.23–36).¹⁹

Im Gegensatz zu Hume und seinem Konzept eines Arbeitskraft-Speichers geht Smith nicht davon aus, dass Menschen, die in der Produktion und im Handel beschäftigt sind, in Kriegszeiten leicht in Soldaten umgewandelt werden können – ein Grund, warum er für ein stehendes Heer eintritt. Eine Ausnahme bildet allerdings die Marine, da laut Smith eine stehende Marine zu teuer ist. Hier ähnelt Smiths Ansatz dem von Humes Arbeitskraft-Speicher. Besonders für die Seemacht Großbritanniens ist eine schlagkräftige Marine entscheidend und diese benötigt Seeleute und Schiffe. Da während der Friedenszeiten viele Seeleute und Schiffe im (internationalen) Handel beschäftigt sind, können diese in Kriegszeiten in den Dienst des Königs gestellt werden. Auf diese Weise erhöht der Handel direkt die militärischen Fähigkeiten. Wenn ein Krieg endet, finden Soldaten leicht Arbeit im Handel und kehren somit wieder in ihre alten Berufszweige zurück (*WN* I.x.b.45, siehe auch *WN* II.v.30 und IV.ii.24–42).

Für Smith folgt aus diesen Entwicklungen in der Kriegskunst, die in Handelsstaaten herbeigeführt wurden, aber nicht, dass die Welt notwendigerweise

¹⁸ Im Gegensatz dazu stammen in agrarischen Gesellschaften die Soldaten hauptsächlich aus höheren Bevölkerungsschichten – „gentlemen“ (*LJB* 40) bzw. „men of honour who would do their duty from this principle, there was no occasion for discipline“ (*LJB* 334–335), während die „cultivation of the ground would naturally fall to the meanest rank“ (*LJB* 334). In Handelsstaaten hingegen ziehen es die Ersteren vor, Geld zu verdienen und sich somit im Handel zu engagieren: „But when arts and manufactures increased and were thought worthy of attention, and men found that they could rise in dignity by applying to them, and it became inconvenient for the rich to go out to war, from a principle of avarice“ (*LJB* 335). Dies führt dazu, dass „defence of the state naturally became the province of the lower [ranks], because the rich can never be forced to do any thing but what they please“ (*LJB* 335).

¹⁹ Im 18. Jahrhundert wurde eine weitreichende Debatte darüber geführt, ob eine Miliz oder eine stehende Armee die beste Verteidigung für eine Handelsnation sei. Zur zeitgenössischen schottischen Debatte über diese Frage siehe Robertson (1985) und Berry (2013, S. 167–72); für Humes Standpunkt zu dieser Frage siehe Stewart (1992, 288–89) und Whelan (2004); für Smiths Standpunkt zu dieser Frage siehe Harpham (1984, S. 768–70) und Montes (2004, S. 61–69; 2009). Smith deutet an, dass es durchaus vorteilhaft sein kann, wenn in einer Handelsgesellschaft ein stehendes Heer durch eine Miliz ergänzt wird (Kurz 1991; 2023).

friedlicher wird. In frühen Gesellschaften wurde ein Krieg zwischen zwei Ländern durch ein einziges Gefecht oder eine Schlacht entschieden, an dem ein großer Teil der Bevölkerung teilnehmen musste: Da diese Länder klein waren, konnten ihre Kriege nicht lange dauern (*WN* V.i.a.10, und *LJA* iv.13–14). Smith nutzt genau das gleiche Argument wie Hume und schreibt es diesem zu: internationale Kriege sind für nichtkommerzielle Gesellschaften sehr schwer zu finanzieren, weil die wirtschaftliche Produktion so gering ist, dass kaum etwas davon eingespart werden kann und der Großteil als Subsistenzkonsum genutzt werden muss. Frühere Kriege europäischer Mächte konnten daher, im Unterschied zu zeitgenössischen Kriegen, nicht lange ohne Unterbrechung geführt werden (*WN* IV.I.30). Im Gegensatz dazu können sich reichere Handelsstaaten teurere Kriege leisten. Je reicher ein Land ist, desto mehr Soldaten kann es unterhalten, desto geringer sind die relativen (aber nicht die absoluten) Kosten eines Krieges, wodurch Kriege länger geführt werden können. Die technologischen und taktischen Entwicklungen in der Kriegsführung führen dazu, dass es unwahrscheinlich ist, dass internationale Kriege durch eine einzige Schlacht entschieden werden. Kriege zwischen Handelsstaaten können somit aus mehreren langanhaltenden Feldzügen bestehen (*WN* V.i.a.10). Mit dem Aufkommen des Handels und der damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklung kann ein Staat nicht nur Kriege länger, sondern auch eine größere Anzahl an Kriegen führen.

Ein stehendes Heer ist jedoch teuer. Nichtkommerzielle Staaten sind zu arm, um sich ein solches Heer leisten zu können. Regierungen kommerzieller Handelsstaaten allerdings haben die Mittel, ein stehendes Heer zu unterhalten: öffentliche Schulden. Smith legt dar, dass Schulden wiederum die die enormen Kosten militärischer Operationen verdecken, wodurch Kriege billig erscheinen, sodass Kriege länger und häufiger geführt werden können. Zeitgenössische Kriege sind laut Smith die wohl teuersten, die je geführt wurden (*WN* IV.i.26). Der größte Ausgabenanteil moderner europäischer Staaten wird laut Smith für die Kriegsführung und Verteidigung aufgewendet. In Buch V seiner *Wealth of Nations* erklärt Smith, dass Kriege mit wirtschaftlicher und technologischer Entwicklung aus drei Gründen teurer werden: die Kosten für eine Armee, die Entwicklung stärkerer und teurerer Waffen und die zunehmende Dauer von Kriegen. Wenn eine Nation ein stehendes Heer unterhält, müssen die Soldaten sowohl in Kriegszeiten als auch in Friedenszeiten bezahlt werden (*WN* V.i.a.42).²⁰ Die Entwicklung stärkerer Waffen, insbesondere von

²⁰ Dies begrenzt auch den Anteil der Bevölkerung, der als Soldaten beschäftigt werden kann. Smith stellt fest, dass in „the civilized nations of modern Europe [...] not more than one hundredth part of the inhabitants of any country can be employed as soldiers“ (*WN* V.i.a.11), während in agrarischen Gesellschaften ein Viertel oder ein Fünftel der Bevölkerung in den Krieg ziehen kann (siehe auch *LJA* iv. 78–79). Da ein Handelsstaat viel bevölkerungsreicher ist als eine agrarische Gesellschaft, bedeutet

Schusswaffen, bedeutet, dass die Kosten für den Bau von Befestigungen, die gegen Artillerie wirksam sind, ebenfalls steigen (WN V.i.a.42–43). Schließlich trägt die längere Dauer von Kriegen ebenfalls zu den steigenden Kriegskosten bei.

Wie werden diese höheren Kriegs- und Verteidigungskosten bezahlt? Smith berechnet, dass in Handelsstaaten die öffentlichen Ausgaben durch Kriegs- und Verteidigungskosten um das Dreifache bis Vierfache steigen und dass diese Ausgaben nicht aus dem regulären Haushalt finanziert werden kann. Kriege verursachen unmittelbare hohe Kosten. Diese Kosten können nicht durch eine neue Steuer gedeckt werden, weil eine Regierung in der Regel sowohl unwillig als auch unfähig ist, eine so hohe Kriegssteuer schnell genug zu erheben. Die Eintreibung der Steuern benötigt Zeit und geplante Steuereinnahmen realisieren sich erst zu einem späteren Zeitpunkt, weswegen die Erhebung von Steuern für eine unmittelbare Bedrohung nutzlos ist.²¹ Zudem hat die Regierung wenige Kenntnisse darüber, wie hoch sie eine neue Steuer ansetzen muss, damit die benötigten Einnahmen generiert werden, um die außerdem noch unvorhersehbaren Kriegskosten zu decken. Darüber hinaus ist die Regierung unwillig, eine zusätzliche Steuer zu erheben, „*for fear of offending the people, who, by so great and so sudden an increase of taxes, would soon be disgusted with the war*“ (WN V.iii.37). Daher können die Steuereinnahmen während der Kriege nicht stark steigen. Es wäre laut Smith denkbar, die Einnahmen in Zeiten des Friedens zu steigern und für zukünftige Kriege zu zurückzustellen, aber Smith stellt fest, dass dies nicht geschieht (WN V.iii.3–4).²²

Allerdings eröffnet die Entwicklung der Handelsgesellschaft eine neue Einnahmequelle für den Staat, nämlich die öffentliche Verschuldung: „*The same commercial state of society which, by the operation of moral causes, brings government in this manner into the necessity of borrowing, produces in the subjects both an ability and an inclination to lend. If it commonly brings along with it the necessity of borrowing, it likewise brings along with it the facility of doing so*“ (WN V.iii.5).²³ In Kriegszeiten kann sich eine Regierung nicht

dies, dass ein Handelsstaat absolut mehr Soldaten haben kann, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich geringer ist.

²¹ Smith berechnet, dass Einnahmen aus neuen Steuern erst zehn bis zwölf Monate, nachdem sie eingeführt wurden, in die Staatskasse fließen (WN V.iii.4).

²² Über Smiths Ansichten zur Möglichkeit in Friedenszeiten Einnahmen für spätere Kriegszwecke zurückzustellen, siehe *Nicholson* (1920, S. 4–5) und *Signorino* (2016).

²³ An anderer Stelle in seinem *Wealth of Nations* diskutiert Smith, dass es für ein Land drei verschiedene Möglichkeiten gibt, einen Krieg zu finanzieren: „*by sending abroad either, first, some part of its accumulated gold and silver; or, secondly, some part of the annual produce of its manufactures; or last of all, some part of its annual*

die langsamens Einnahmen neuer Steuern leisten. Sie hat keine andere Wahl als das Leihen von Geld. Hierin besteht ein weiterer Grund, warum kommerzielle Handelsstaaten nicht notwendigerweise friedlicher sein werden: Staatschulden verringern die wahrgenommenen Kosten von Kriegen, sodass es mehr und längere Kriege geben könnte, ohne dass die Bevölkerung davon direkt betroffen wäre. Ohne Schulden würden Kriege nicht lange dauern. Wenn für einen Krieg erheblich höhere Steuern erhoben werden müssten, würde laut Smith die Bevölkerung die vollständige finanzielle Last des Krieges spüren und schnell kriegsmüde werden. Kriege würden dann weniger leichtfertig unternommen, weil es für eine Regierung schwieriger wäre, das notwendige Geld durch Steuern aufzubringen und die Unterstützung der Bevölkerung für einen Krieg geringer wäre (*WN* V.iii.50). Im Gegensatz zu Steuern sind Schulden keine schwere Belastung für die Bevölkerung. Durch Schulden finanzierte Kriege führen somit dazu, dass die Bevölkerung keine Unannehmlichkeiten aufgrund des Krieges verspürt, zumindest der Bevölkerungsteil, der sie nicht in der Kampfzone lebt. Schulden führen zu einer höheren Beliebtheit von Kriegen in der Bevölkerung und damit ermöglichen sie längere und häufigere Kriege.

Aber warum führen Handelsstaaten überhaupt Kriege? Laut Smith wird ein Handelsstaat sowohl Verteidigungs- als auch Angriffskriege führen. Verteidigungskriege werden oftmals gegen ärmeren Nachbarländer geführt, da sie sich davon finanzielle und wirtschaftliche Gewinne erhoffen. Angriffskriege werden üblicherweise von einflussreichen inländischen Händlern und Produzenten („merchants and manufacturers“) angezettelt, die Monopolprofite anstreben.

Smith stimmt mit Hume überein, dass die internationale Ungleichheit, zumindest mittelfristig, zunehmen wird, weil einige Länder früher als andere entwickeln (Schumacher 2016) und dass die Ungleichheiten Kriege fördern können. Laut Smith sind das Versprechen einer hohen Kriegsbeute ein Grund dafür ist, warum Handelsgesellschaften sich oft in Verteidigungskriege gegen ärmeren Länder verwickeln (*WN* II.ii.87 siehe auch *WN* V.i.a.15). Daher müssen reiche Länder auf Verteidigungskriege vorbereitet sein (*WN* V.i.a.15, siehe auch Hanley 2014). Aber Smith geht davon aus, dass solche Angriffe mit der Einführung fortschrittlicherer Verteidigungskräfte und der Entwicklung anspruchsvollerer Waffen, die sich reiche Länder leichter leisten können als

rude produce“ (*WN* IV.i.21). Nach Smith ist die beste Art, einen Krieg zu finanzieren, die Produktion und der Export großer Mengen von verarbeiteten Gütern. Er kommt zu dem Schluss, dass „[t]he enormous expence of the late war, therefore, must have been chiefly defrayed, not by the exportation of gold and silver, but by that of British commodities of some kind or other“ (*WN* IV.i.27). Hier erwähnt Smith keine Schulden, und sein Ziel ist es, gegen die Ansicht zu argumentieren, dass nur Gold und Silber den nationalen Reichtum ausmachen. Dies steht jedoch im Widerspruch zu seinen Bemerkungen, dass moderne Kriege nur über Schulden finanziert werden können.

arme Länder, weniger wahrscheinlich wurden. Als Ergebnis werden reichere Länder zu einem weniger verlockenden Ziel für ärmere Länder (*WN* V.i.a.44). Vielmehr gilt, dass „[i]n modern times the poor and barbarous find it difficult to defend themselves against the opulent and civilized“ (*WN* V.i.a.44).

Smith stimmt mit Hume auch darin überein, dass Handelsländer Angriffs-kriege sowohl gegen ärmere, nichtkommerzielle Staaten als auch gegen andere Handelsgesellschaften führen. Smiths Argumentation beruht allerdings nicht auf der menschlichen Natur per se. Nach Smith werden solche Angriffs-kriege in der Regel von heimischen Händlern und Produzenten initiiert, die nach Profit streben. Kommerzielle Handelsstaaten werden von solchen Sonderinteressen gefangen genommen. Sie werden Opfer der niederträchtigen Raffgier und monopolistischen Gesinnung der Händler und Produzenten („mean rapacity [and] monopolizing spirit of merchants and manufacturers“) (*WN* IV.iii.c.9), die über beeindruckende Kräfte verfügen und dadurch die Gesetzgebungsorgane beeinflussen und sogar einschüchtern können (*WN* IV. ii.43); so sehr, dass „the cruellest of our revenue laws, I will venture to affirm, are mild and gentle, in comparison of some of those which the clamour of our merchants and manufacturers has extorted from the legislature, for the support of their own absurd and oppressive monopolies. Like the laws of Draco, these laws may be said to be all written in blood“ (*WN* IV.viii.17). Händler und Produzenten sind bereit und in der Lage, ein Land in Kriege zu führen, weil sie von der Preiserhöhung profitieren könnten, die durch Kriege erzwungene Monopole durchgesetzt werden können (*WN* IV.viii.53). Sie versuchen nach Kräften, Monopole zu verteidigen und neue für sich zu schaffen. Smith beobachtet, dass solche privaten Interessen für eine Gesellschaft oft unüberbrückbar („unconquerable“) sind (*WN* IV.ii.43).

Laut Smith sind die Reiche seiner Zeit, einschließlich des Britischen Empire, das Ergebnis dieser besonderen Handelsinteressen. Die am kolonialen Handel beteiligten Händler sind die wichtigsten Berater der Koloniegesetze (*WN* IV.vii.b.49). Smith behauptet, dass das Britische Empire mit seiner großen Seestreitmacht das Hauptziel verfolgt, Handelsinteressen durchzusetzen und aufrechtzuerhalten und dies auch der Grund für die zuletzt von ihm geführten Kriege ist (*WN* IV.vii.c.64; siehe auch Schliesser 2017):

„For the sake of that little enhancement of price which this monopoly might afford our producers, the home-consumers have been burdened with the whole expence of maintaining and defending that empire. *For this purpose, and for this purpose only*, in the two last wars, more than two hundred millions have been spent, and a new debt of more than a hundred and seventy millions has been contracted over and above all that had been expended for the same purpose in former wars“ (*WN* IV. viii.53, Hervorhebungen hinzugefügt).

Händler und Produzenten schüchtern das Gesetzgebungsorgan ein, indem sie nationale Feindseligkeit erzeugen und entfachen und die Bevölkerung da-

von überzeugen, dass die Schaffung von Monopolen und höheren Gewinnen für sich selbst tatsächlich gut für das Land sei. Sie sind dafür verantwortlich, dass „the noble [principle] of the love of our own country“ in „the mean principle of national prejudice“ und „the most malignant jealousy and envy“ (*TMS* VI.ii.2.3) umgewandelt wird. Patriotismus, der bei Smith ein moralisch neutrales Gefühl ist, wird so in ein schädliches Vorurteil und in Feindlichkeit gegenüber anderen (Handels)Staaten verwandelt (*Elazar* 2021).²⁴ Dies führt laut Smith dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung dazu neigt, Kriege zu unterstützen, von denen sie fälschlicherweise überzeugt seien, dass sie in ihrem Interesse geführt werden..

Diese Entwicklung hat laut Smith dazu geführt, dass Handel zu einer „most fertile source of discord and animosity“ geworden ist, weil „nations have been taught that their interest consisted in beggaring all their neighbours. Each nation has been made to look with an invidious eye upon the prosperity of all the nations with which it trades, and to consider their gain as its own loss“ (*WN* IV.iii.c.9). Die Interessen großer Händler und Produzenten entfachen in Handelsstaaten oft nationaler Feindseligkeit und führen zu Kriegen. Nachbarländer werden zu Feinden (*WN* IV.iii.c.13).

Dies führt laut Smith dazu, dass viele Menschen „enjoy, at their ease, the amusement of reading in the newspapers the exploits of their own fleets and armies“. Sie können sich dadurch „a thousand visionary hopes of conquest and national glory“ hingeben. Smith geht sogar davon aus, dass diese Menschen unzufrieden mit der Rückkehr zum Frieden wären, da dies ihrem Vergnügen ein Ende bereiten würde (*WN* V.iii.37). Internationale Kriege können so zu einer Unterhaltung bzw. einem Vergnügen für große Teile der Bevölkerung werden, weil diese in der Hauptstadt und in den von der Kampfhandlung entfernten Landesteilen leben und dadurch keine Unannehmlichkeiten durch den Krieg verspüren. In nichtkommerziellen Staaten hingegen ist ein Krieg sehr störend, da ohne eine Berufsarmee die Mehrheit der Bevölkerung während der Kriegszeit ihre Beschäftigung aufgeben und die gesamte Last tragen muss (*WN* V.i.a.9; siehe auch *LJA* iv.79; und *LJB* 37–38). In Handelsstaaten sind die meisten Menschen nicht direkt von Kriegshandlungen betroffen. Der Krieg betrifft nur diejenigen, die in der Armee dienen, und diejenigen, die in der Nähe der Schlachtfelder leben, und die Kriegskosten können durch Schulden auf die Zukunft abgewälzt werden. Durch die Verringerung der wahrgenommenen Kosten des Krieges können laut Smith Kriege an Länge und Häufigkeit zunehmen.

²⁴ Für die Rolle von Patriotismus und Nationalismus in Smiths Theorie mit Bezug zu internationalen Beziehungen siehe auch *Nicholson* (1909, S. 7–22), *Van de Haar* (2009; 2013), *Walraevens* (2017) und *Wyatt-Walter* (1996).

Da Smith nicht davon ausgeht, dass internationale Kriege seltener werden oder die Welt friedlicher wird, ist die Verteidigung von höchster Bedeutung: Verteidigung ist eine der drei Pflichten, die ein Souverän hat (*WN* IV.ix.51).²⁵ Aufgrund der Bedeutung der Verteidigung für eine Gesellschaft müssen Handels- und Wirtschaftsinteressen gegenüber Fragen der nationalen Sicherheit zurückstehen. Der internationale Handel kann aus Gründen der Verteidigung eingeschränkt sein. Auf dieser Grundlage unterstützt Smith den britischen Navigation Act (*WN* IV.ii.24–30), die Subventionierung für die Fischerei (*WN* IV.v.a.27) und Handelsbeschränkungen zum Schutz bestimmter Bereiche der inländischen Produktion, die für die Verteidigung einer Gesellschaft erforderlich sind (*WN* IV.v.a.36).

Für Smith gibt es daher keine Gründe anzunehmen, dass die Welt friedlicher wird, aber es gibt Gründe zu befürchten, dass die Anzahl und Dauer von Kriegen zunehmen werden. Es ist zwar richtig, dass Handelsaktivitäten den Kriegsgeist einer Gesellschaft sowie die militärische Disziplin untergraben. Ein stehendes Heer wird jedoch diesen Entwicklungen entgegenwirken. Soldaten eines stehenden Heeres zeichnen sich durch ihren Kriegsgeist und ihre Disziplin aus, die auch durch strenge Militärgesetze durchgesetzt wird (*TMS* II.ii.3.11, *LJA* iv.84, *LJB* 336). Zudem nehmen laut Smith die wahrgenommenen Kosten der Kriegsfinanzierung durch Schulden genug ab, um mehr Anreize für Träume von immer größeren Reichen durch militärische Unternehmungen zu bieten.

IV. Schlussfolgerung

Führt Handel zu Frieden? Anders als oftmals dargestellt, beantworten zwei der bekanntesten Befürworter von Handel diese Frage mit einem „Nein“. Handel und der Reichtum, den er schafft, verringern internationale Kriege nicht, sondern sie können im Gegenteil zu mehr internationalen Konflikten führen. Dies liegt nicht daran, dass Handel eine Fortsetzung des Krieges ist, sondern weil Handel und der Reichtum, den er mit sich bringt, die relativen und wahrgenommenen Kosten von Kriegen verringern. *Gerald Schneider* und *Günther G. Schulze* (2003, S. 103) merken an, dass „the standard version of the peace-through-trade hypothesis assumes away domestic politics and considers sectorial interests to be irrelevant in the constitution of trade preferences.“ Die Analyse der Positionen von Smith und Hume führt Überlegungen zur Innenpolitik und sektoralen Interessen wieder ein und leistet einen frischen Beitrag zur aktuellen und immer noch offenen Debatte über die Auswirkungen des Handels auf Kriege.

²⁵ Die anderen beiden sind das Justizwesen und die Aufrechterhaltung bestimmter öffentlicher Institutionen.

Für Hume und Smith führt die Entwicklung von Handelsgesellschaften zu Gerechtigkeit, Ordnung und Frieden innerhalb einer Gesellschaft bzw. eines Landes. Gleichzeitig erhöht sie jedoch die Wahrscheinlichkeit und die Länge internationaler Kriege. Die wirtschaftliche Entwicklung, die von Land zu Land variiert, führt zu zunehmender internationaler Wohlstandsungleichheit – ein möglicher Anreiz für eine erhöhte Häufigkeit internationaler Kriege, da reichere Länder eher das Ziel ärmerer Länder werden. Darüber hinaus erhöht sich nach Smith, aber nicht unbedingt nach Hume, die Wahrscheinlichkeit von Kriegen mit zunehmendem Handel, weil die „gemeine Raffgier“ („mean rapacity“) einflussreicher Händler und Hersteller das Parlament bzw. die politischen Entscheidungsträger einschüchtern und die Bevölkerung fälschlicherweise davon überzeugt, dass das Erlangen von Monopolen und höheren Gewinnen für das Land als Ganzes vorteilhaft sei. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt Kriege, auch weil sie zu einem relativ niedrigen Preis in Großreichsträumen schwelgen kann. Mit zunehmendem Handel bleibt der Großteil der Bevölkerung im Allgemeinen von Kriegen unberührt. Soldaten können aus produktiver Arbeit herausgenommen werden, ohne den Lebensunterhalt des Rests der Bevölkerung zu beeinträchtigen, anders als dies in nichtkommerziellen Gesellschaften der Fall ist, in denen internationale Kriege nicht lange dauern können, weil das Land zu arm ist, um Truppen über längere Zeiträume zu unterstützen, ohne dass es zu Hungersnöten kommt. Sowohl für Hume als auch für Smith verringert sich der relative Preis des Krieges mit zunehmendem Handel, sodass Kriege für einen Großteil der Bevölkerung als wenig störend oder sogar als wünschenswert aufgefasst wird. Darüber hinaus nimmt Smith an – nicht aber Hume –, dass selbst wenn die absoluten Kriegskosten steigen, die Zahlungsfähigkeit eines Handelsstaats durch die Verfügbarkeit von Schuldenfinanzierung steigt. Die Schuldenfinanzierung verringert somit auch die wahrgenommenen Kosten des Krieges und erzeugt eine zunehmende Unterstützung für häufigere und längere Kriege.²⁶

Auch wenn für Smith und Hume der Handel keine Fortsetzung des Krieges ist, erwarten beide nicht, dass die Anzahl von Kriegen mit dem Aufkommen moderner Gewerbe- und Handelsgesellschaften abnimmt. Im Gegenteil, die abnehmenden wahrgenommenen Kosten von Kriegen durch Schuldenfinanzierung, die abnehmenden relativen Kosten von Kriegen durch die Beschäftigung eines kleineren, aber produktiveren Anteils der Bevölkerung in der Landwirtschaft, der Einsatz von Schusswaffen, die Spezialisierung des Militärs durch ein stehendes Heer, der Unterhaltungswert von Kriegen und die Fähigkeit einflussreicher Händler und Hersteller, Monopole mit Hilfe des

²⁶ Für Hume kommen Staatsschulden bei Verteidigungskriegen in Frage. Zu Humes Behandlung von Staatsschulden, vgl. Paganelli (2012) und Paganelli/Schumacher (2018, S. 1147).

Staates auch militärisch zu schaffen und zu verteidigen, spielen alle eine Rolle dabei, die Chancen sowohl für die Anzahl als auch für die Dauer internationaler Konflikte zu erhöhen. Smith und Hume, die den internationalen Handel verteidigen und fördern, bieten uns zusätzliche Möglichkeiten, den Einfluss des Handels auf Kriege zu analysieren, und warnen davor, den Frieden nicht als selbstverständlich anzusehen.

Literatur

- Allio, Renata (2020): War in Economic Theories Over Time: Assessing the True Economic, Social and Political Costs.* Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan.
- Anderton, Charles H./Carter, John R. (2001): „The Impact of War on Trade: An Interrupted Times-Series Study.“* Journal of Peace Research 38 (4), S. 445–57.
- Anderton, Charles H./Carter, John R. (2003): „Does War Disrupt Trade?“* In Globalization and Armed Conflict, edited by Gerald Schneider, Katherine Barbieri, and Nils Petter Gleditsch, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 299–310.
- Anderton, Charles H./Carter, John R. (2009): Principles of Conflict Economics: A Primer for Social Scientists.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Barbieri, Katherine (1996): „Economic Interdependence: A Path to Peace or a Source of Interstate Conflict?“* Journal of Peace Research 33 (1), S. 29–49.
- Barbieri, Katherine (2002): The Liberal Illusion: Does Trade Promote Peace?* Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Barbieri, Katherine/Levy, Jack S. (1999): „Sleeping With the Enemy: The Impact of War on Trade.“* Journal of Peace Research 36 (4), S. 463–79.
- Barbieri, Katherine/Levy, Jack S. (2003): „The Trade-Disruption Hypothesis and the Liberal Economic Theory of Peace.“* In Globalization and Armed Conflict, edited by Gerald Schneider, Katherine Barbieri, and Nils Petter Gleditsch, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 277–98.
- Berry, Christopher J. (2013): The Idea of Commercial Society in the Scottish Enlightenment.* Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Buchan, Bruce (2006): „Civilisation, Sovereignty and War: The Scottish Enlightenment and International Relations.“* International Relations 20 (2), S. 175–92.
- Buzan, Barry (1984): „Economic Structure and International Security: The Limits of the Liberal Case.“* International Organization 38 (4), S. 597–624.
- Copeland, Dale C. (2015): Economic Interdependence and War.* Princeton: Princeton University Press.
- Coulomb, Fanny (1998) „Adam Smith: A Defence Economist.“* Defence and Peace Economics 9 (3), S. 299–316.
- Dafoe, Allan (2011): „Statistical Critiques of the Democratic Peace: Caveat Emptor.“* American Journal of Political Science 55 (2), S. 247–62.

- Dickey*, Laurence (2001): „Doux-Commerce and Humanitarian Values: Free Trade, Sociability and Universal Benevolence in Eighteenth-Century Thinking.“ *Grotiana* 22, S. 271–318.
- Doyle*, Michael/*Recchia*, Stefano (2011): „Liberalism in International Relations.“ In *International Encyclopedia of Political Science*, Vol. 5, edited by Bertrand Badie, Dirk Berg-Schlosser, and Leonardo Morlino, Los Angeles: Sage, S. 1434–39.
- Dunne*, Paul/*Coulomb*, Fanny (2008): „Peace, War and International Security: Economic Theories.“ In *War, Peace and Security*, edited by Jacques Fontanel and Manas Chatterji, Bingley: Emerald, S. 13–36.
- Elazar*, Yiftah (2021): „Adam Smith on Impartial Patriotism.“ *The Review of Politics* 83 (3), S. 329–50.
- Gartzke*, Erik (2007): „The Capitalist Peace.“ *American Journal of Political Science* 51 (1), S. 166–91.
- Gartzke*, Erik/*Hewitt*, J. Joseph (2010): „International Crises and the Capitalist Peace.“ *International Interactions* 36 (2), S. 115–45.
- Gartzke*, Erik/*Li*, Quan (2003): „War, Peace, and the Invisible Hand: Positive Political Externalities of Economic Globalization.“ *International Studies Quarterly* 47 (4), S. 561–86.
- Gelpi*, Christopher F./*Grieco*, Joseph M. (2008): „Democracy, Interdependence, and the Sources of the Liberal Peace.“ *Journal of Peace Research* 45 (1), S. 17–36.
- Goenner*, Cullen F. (2004): „Uncertainty of the Liberal Peace.“ *Journal of Peace Research* 41 (5), S. 589–605.
- Gomes*, Leonard (1987): *Foreign Trade and the National Economy: Mercantilist and Classical Perspectives*. Basingstoke: Macmillan.
- Goodwin*, Craufurd D. (1991): „National Security in Classical Political Economy.“ *History of Political Economy* 23, Annual Supplement, S. 23–35.
- Hamilton*, Andrew (2008): *Trade and Empire in the Eighteenth-Century Atlantic World*. Newcastle Upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.
- Hanley*, Ryan Patrick (2014): „The ‘Wisdom of the State’: Adam Smith on China and Tartary.“ *American Political Science Review* 108 (2), S. 371–82.
- Harpham*, Edward J. (1984): „Liberalism, Civic Humanism, and the Case of Adam Smith.“ *American Political Science Review* 78 (3), S. 764–74.
- Hegre*, Håvard/*Oneal*, John R./*Russett*, Bruce (2010): „Trade Does Promote Peace: New Simultaneous Estimates of the Reciprocal Effects of Trade and Conflict.“ *Journal of Peace Research* 47 (6), S. 763–74.
- Hirschman*, Albert O. (1997) [1977]: *The Passions and the Interests: Political Arguments for Capitalism Before Its Triumph*. Princeton: Princeton University Press.
- Hume*, David (1932): *The Letters of David Hume*, 2 Vols. [L]. Oxford: Clarendon Press.
- Hume*, David (1983) [1778]: *The History of England: From the Invasion of Julius Caesar to the Revolution in 1688*, 6 Vols. [H]. Indianapolis: Liberty Fund.

- Hume, David* (1987) [1777]: *Essays Moral, Political, and Literary* [E]. Indianapolis: Liberty Fund.
- Hume, David* (2003) [1772]: *An Enquiry Concerning the Principles of Morals* [EPM]. Oxford: Clarendon Press.
- Hume, David* (2007) [1739–40]: *A Treatise of Human Nature* [THN]. Oxford: Clarendon Press.
- Kant, Immanuel* (1795): *Zum Ewigen Frieden: Ein Philosophischer Entwurf*. Königsberg: Nicolovius.
- Keohane, Robert O.* (1990): „International Liberalism Reconsidered.“ In *The Economic Limits to Modern Politics*, edited by John Dunn, Cambridge: Cambridge University Press, 165–94.
- Keohane, Robert O.* (1993): „Institutional Theory and the Realist Challenge After the Cold War.“ In *Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate*, edited by David A. Baldwin, New York: Columbia University Press, S. 269–300.
- Keshk, Omar M. G./Pollins, Brian M./Reuveny, Rafael* (2004): „Trade Still Follows the Flag: The Primacy of Politics in a Simultaneous Model of Interdependence and Armed Conflict.“ *Journal of Politics* 66 (4), S. 1155–79.
- Kim, Hyung Min/Rousseau, David L.* (2005): „The Classical Liberals Were Half Right (or Half Wrong): New Tests of the ‚Liberal Peace‘, 1960–88.“ *Journal of Peace Research* 42 (5), S. 523–43.
- Kurz, Heinz D.* (1991): „Adam Smith Über Krieg Und Frieden.“ *Jahrbuch Ökonomie Und Gesellschaft* 9, S. 101–37.
- Kurz, Heinz D.* (2023): „Defence Is of Much More Importance than Opulence: Adam Smith on the Political Economy of War.“ In *Power and Responsibility: Interdisciplinary Perspectives for the 21st Century in Honor of Manfred J. Holler*, edited by Martin A. Leroch and Florian Rupp, Cham: Springer, S. 31–43.
- Lange, Jérôme/Svorencík, Andrej/Schumacher, Reinhard* (2017): „From Antiquity to Modern Macro: An Overview of Contemporary Scholarship in the History of Economic Thought Journals, 2015–2016.“ *History of Economic Ideas* 25 (2), S. 171–205.
- Lektzian, David/Souva, Mark* (2009): „A Comparative Theory Test of Democratic Peace Arguments, 1946–2000.“ *Journal of Peace Research* 46 (1), S. 17–37.
- Mansfield, Edward D./Pollins, Brian M.* (2001): „The Study of Interdependence and Conflict: Recent Advances, Open Questions, and Directions for Future Research.“ *Journal of Conflict Resolution* 45 (6), S. 834–59.
- Manzer, Robert A.* (1996): „The Promise of Peace? Hume and Smith on the Effects of Commerce on War and Peace.“ *Hume Studies* 22 (2), S. 369–82.
- Martin, Philippe/Mayer, Thierry/Thoenig, Mathias* (2008): „Make Trade Not War?“ *The Review of Economic Studies* 75 (3), S. 865–900.
- Modelska, George* (1972): *Principles of World Politics*. New York: Free Press.
- Montes, Leonidas* (2004): *Adam Smith in Context: A Critical Reassessment of Some Central Components of His Thought*. New York: Palgrave Macmillan.

- Montes, Leonidas* (2009): „Adam Smith on the Standing Army Versus Militia Issue: Wealth Over Virtue?“ In *Elgar Companion to Adam Smith*, edited by Jeffrey T. Young, Cheltenham: Edward Elgar, S. 315–34.
- Montesquieu, Baron de* (1950) [1748]: „De l’Esprit Des Lois.“ In *Œuvres Complètes de Montesquieu*, Vol. 1, edited by M. André Masson. Paris: Nagel.
- Neocleous, Mark* (2013): „,O Effeminacy! Effeminacy!‘ War, Masculinity and the Myth of Liberal Peace.“ *European Journal of International Relations* 19 (1), S. 93–113.
- Nicholson, J. Shield* (1909): *A Project of Empire: A Critical Study of the Economics of Imperialism, With Special Reference to the Ideas of Adam Smith*. London: Macmillan.
- Nicholson, J. Shield* (1920): „Adam Smith on Public Debts.“ *The Economic Journal* 30 (117), S. 1–12.
- Paganelli, Maria Pia* (2012): „David Hume on Public Credit.“ *History of Economic Ideas* 20 (1), S. 31–44.
- Paganelli, Maria Pia* (2015): „Recent Engagements with Adam Smith and the Scottish Enlightenment.“ *History of Political Economy* 47 (3), S. 363–94.
- Paganelli, Maria Pia/Schumacher, Reinhard* (2018): „The Vigorous and Doux Soldier: David Hume’s Military Defence of Commerce.“ *History of European Ideas* 44 (8), S. 1141–52.
- Paganelli, Maria Pia/Schumacher, Reinhard* (2019): „Do Not Take Peace for Granted: Adam Smith’s Warning on the Relation between Commerce and War.“ *Cambridge Journal of Economics* 43 (3), S. 785–97.
- Polacheck, Solomon W./Seiglie, Carlos* (2007): „Trade, Peace and Democracy: An Analysis of Dyadic Dispute.“ In *Handbook of Defense Economics*, Vol. 2: Defense in a Globalized World, edited by Todd Sandler and Keith Hartley, Amsterdam: North-Holland, S. 1017–73.
- Ratnapala, Suri* (2012): „Foedus Pacificum: A Response to Ethnic Regionalism within Nation States.“ In *The Future of Australian Federalism: Comparative and Interdisciplinary Perspectives*, edited by Gabrielle Appleby, Nicholas Aroney, and Thomas John, Cambridge: Cambridge University Press, S. 250–71.
- Robertson, John* (1985): *The Scottish Enlightenment and the Militia Issue*. Edinburgh: Donald.
- Schliesser, Eric* (2017): *Adam Smith: Systematic Philosopher and Public Thinker*. New York: Oxford University Press.
- Schneider, Gerald/Barbieri, Katherine/Gleditsch, Nils Petter* (2003): „Does Globalization Contribute to Peace? A Critical Survey of the Literature.“ In *Globalization and Armed Conflict*, edited by Gerald Schneider, Katherine Barbieri, and Nils Petter Gleditsch, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 3–29.
- Schneider, Gerald/Schulze, Günther G.* (2003): „The Domestic Roots of Commercial Liberalism: A Sector-Specific Approach.“ In *Globalization and Armed Conflict*, edited by Gerald Schneider, Katherine Barbieri, and Nils Petter Gleditsch, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 103–22.

- Schumacher*, Reinhard (2012): „Adam Smith's Theory of Absolute Advantage and the Use of Doxography in the History of Economics.“ *Erasmus Journal for Philosophy and Economics* 5 (2): S. 54–80.
- Schumacher*, Reinhard (2015): „Adam Smith's 'Two Distinct Benefits' from Trade: The Dead End of 'Vent-for-Surplus' Interpretations.“ *History of Political Economy* 47 (4), S. 577–603.
- Schumacher*, Reinhard (2016): „Adam Smith and the 'Rich Country–Poor Country' Debate: Eighteenth-Century Views on Economic Progress and International Trade.“ *European Journal of the History of Economic Thought* 23 (5), S. 764–93.
- Schumacher*, Reinhard (2018): „Adam Smith, the Patterns of Foreign Trade and the Division of Labour: A Country as a Jack-of-All-Trades Rather Than a Specialist.“ *The Adam Smith Review* 10, S. 4–21.
- Schumacher*, Reinhard (2019): „Ökonomische Ideengeschichte.“ In *Perspektiven Einer Pluralen Ökonomik*, edited by David J. Petersen, Daniel Willers, Esther M. Schmitt, Robert Birnbaum, Jan H. E. Meyerhoff, Sebastian Gießler, and Benjamin Roth, Wiesbaden: Springer VS, S. 183–207.
- Schumacher*, Reinhard (2020): „Altering the Pattern of Trade in the Wealth of Nations: Adam Smith and the Historiography of International Trade Theory.“ *Journal of the History of Economic Thought* 42 (1), S. 19–42.
- Sebastiani*, Silvia (2013): *The Scottish Enlightenment: Race, Gender, and the Limits of Progress*. New York: Palgrave Macmillan.
- Sher*, Richard B. (1989): „Adam Ferguson, Adam Smith, and the Problem of National Defense.“ *The Journal of Modern History* 61 (2), S. 240–68.
- Signorino*, Rodolfo (2016): „How to Pay for the War in Times of Imperfect Commitment: Adam Smith and David Ricardo on the Sinking Fund.“ *The European Journal of the History of Economic Thought* 23 (4), S. 544–60.
- Silberner*, Edmund (1972) [1946]: *The Problem of War in Nineteenth Century Economic Thought*. New York: Garland.
- Smith*, Adam 1976 [1759]: *The Theory of Moral Sentiments* [TMS]. The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Vol. 1. Oxford: Oxford University Press.
- Smith*, Adam 1976 [1776]: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* [WN]. The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Vols. 2a–2b. Oxford: Oxford University Press.
- Smith*, Adam 1978 [1762–66]: *Lectures on Jurisprudence* [LJ]. The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Vol. 5. Oxford: Oxford University Press.
- Smith*, Craig (2014): „'We Have Mingled Politeness with the Use of the Sword': Nature and Civilisation in Adam Ferguson's Philosophy of War.“ *The European Legacy* 19 (1), S. 1–15.
- Smith*, Craig (2019): *Adam Ferguson and the Idea of Civil Society Moral: Science in the Scottish Enlightenment*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

- Souva, Mark/Prins, Brandon* (2006): „The Liberal Peace Revisited: The Role of Democracy, Dependence, and Development in Militarized Interstate Dispute Initiation, 1950–1999.“ *International Interactions* 32 (2), S. 183–200.
- Stewart, John B.* (1992): *Opinion and Reform in Hume's Political Philosophy*. Princeton: Princeton University Press.
- Van de Haar, Edwin* (2008): „David Hume and International Political Theory: A Reappraisal.“ *Review of International Studies* 34 (02), S. 225–42.
- Van de Haar, Edwin* (2009): *Classical Liberalism and International Relations Theory: Hume, Smith, Mises, and Hayek*. New York: Palgrave MacMillan.
- Van de Haar, Edwin* (2013): „Adam Smith on Empire and International Relations.“ In *The Oxford Handbook of Adam Smith*, edited by Christopher J. Berry, Maria Pia Paganelli, and Craig Smith, Oxford: Oxford University Press, S. 417–39.
- Walraevens, Benoît* (2017): „Jealousy of Trade in Hume and Smith.“ *History of Economic Ideas* 25 (2), S. 11–36.
- Waltz, Kenneth N.* (1970): „The Myth of National Interdependence.“ In *The International Corporation*, edited by Charles P. Kindleberger, Cambridge: MIT Press, S. 205–23.
- Waltz, Kenneth N.* (1979): *Theory of International Politics*. Boston: McGraw-Hill.
- Ward, Michael D./Siverson, Randolph M./Cao, Xun* (2007): „Disputes, Democracies, and Dependencies: A Reexamination of the Kantian Peace.“ *American Journal of Political Science* 51 (3), S. 583–601.
- Whelan, Frederick G.* (2004): *Hume and Machiavelli: Political Realism and Liberal Thought*. Lanham: Lexington Books.
- Wyatt-Walter, Andrew* (1996): „Adam Smith and the Liberal Tradition in International Relations.“ *Review of International Studies* 22 (1), S. 5–28.